



„Marokko und der Arabische Frühling: Reform ohne Regimewechsel“

Der Ausdruck „Arabischer Frühling“ stellt ein Synonym für „Freiheitswind“, oder auch als „Hauch der Würde“, der sich wie eine „Welle“ über den ganzen Maghreb hinweg rollt dar. Jedoch führt solch ein Ausdruck dazu, die Besonderheiten jedes einzelnen Staates vernachlässigen und geben der Bevölkerung Ansprüche, die nicht mit der wirtschaftlichen und sozialen Realität übereinstimmen. Anders gesagt, läuft die Verallgemeinerung Gefahr, dass die Anforderungen der Völker unerreichbar sind.

Inwiefern wurde Marokko durch den arabischen Frühling beeinflusst? Welche Reform forderten die Demonstranten? Und wie hat sich der König auf die Forderungen reagiert?

Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie und wird seit 1999 von Mohamed VI. regiert. Es gilt als Entwicklungsland, welches aber politisch stabil ist.

Die Monarchie ist in der marokkanischen Kultur fest verankert und erfreut sich eines hohen Maßes an Legitimität. Dies liegt daran, dass die Monarchie in Marokko bereits über 800 Jahre existiert und dass jedes Jahr für den König der Treueeid abgelegt wird. Seitdem Mohamed VI. an die Macht kam, kündigte er die Umsetzung einer Reihe von Reformen an. Darunter vor allem jene, die Frauen mehr Rechte und formelle Gleichstellung gegenüber den Männern zugestehen sowie die Einrichtung der Wahrheitskommission im Jahr 2004, der die Fälle von Inhaftierungen während der Herrschaft des Königs Hassan II. zu dokumentieren.

Er hatte auch durch die Gründung des königlichen Instituts für Berberkultur im Jahr 2002, die berbische Sprache als offizielle Sprache neben dem Arabischen anerkannt. Die zunehmende Vielfalt von Medien in einem der drei Berberdialekte sowie die Einführung von Sprachunterricht an marokkanischen Schulen waren weitere Schritte auf dem Weg zur Verfassungsreform von 2011.

Von Anfang an hat Mohamed VI. immer wieder auf die Pluralität der Gesellschaft Bezug genommen. Im Kontext der üblichen Einheitsdiskurse in der Region war dies außergewöhnlich. Das Land kann auch Erfolge bei Alphabetisierung und Elektrifizierung vorweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die soziale Kluft zwischen arm und reich nicht mindestens ebenso gravierend ist, wie in Ägypten bzw. Tunesien.

I. Die Proteste:

Seit der Machtübergabe an Mohamed VI. gibt es eine öffentliche Debatte, über die nationale Identität des Landes, über die Heiligkeit seiner Person sowie Forderungen, die Machtfülle des Staatsoberhauptes einzuschränken.

Mit dem Beginn der Massenproteste in der arabischen Welt haben auch in Marokko tausende Marokkaner demonstriert und demokratische Reformen gefordert. Sie forderten eine neue Verfassung, ein Ende von Korruption und Polizeiwillkür. Den Wandel wollen nicht nur junge

Arbeitslose sondern auch Gewerkschaften und Frauengruppen. Im Gegensatz zu Ihren Nachbarn hielten sich die Marokkaner bislang mit Forderungen nach einer Ablösung der Regierung zurück.

Dieser Unterschied hängt wohl einerseits mit dem Wunsch der Bevölkerung zusammen, an der Monarchie festzuhalten und andererseits auf demokratische Reformen zu drängen.

II. Reaktion des königlichen Palasts:

Auf die Demonstrationen für mehr Demokratie und Gerechtigkeit reagierte der König Mohamed VI. rasch und kündigte weitreichende Reformen an.

Im März 2011 versprach er Änderungen für mehr Demokratie, Mitte Juni 2011 legte er den Entwurf für eine Verfassungsreform vor. Sie sah vor, dass der König Macht an den Ministerpräsidenten und das Parlament abgibt, die Justiz unabhängiger wird und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie der Schutz der Menschenrechte in der Verfassung verankert werden. Als Tribut an die vielen Berber soll die Tamazight/berbische Sprache als Amtssprache anerkannt werden. Künftig soll der König außerdem nicht mehr geistiger Führer aller Marokkaner, sondern nur der marokkanischen Muslime sein.

Dem Entwurf stimmen am 1. Juli 2011 98,5% der Wähler zu. Die wichtigsten Parteien, Gewerkschaften und Religionsführer hatten den Entwurf begrüßt.

Einer der wichtigsten Reformschritte aber besteht darin, dass der Premierminister zukünftig aus der Partei kommen muss, die die Wahlen gewinnt und der es damit auch obliegt, das Kabinett zu bilden. Die Verfassung erläutert diese Verschiebung der exekutiven Macht vom König zum Premierminister dahingehend, dass zukünftig letzterer der Exekutive vorstehen wird und alleinige Verantwortung für die Regierung, die Verwaltung und die Durchführung des Regierungsprogramms übernehmen wird.

Die größten Herausforderungen für diesen Reformprozess bestehen im langsamen wirtschaftlichen Wachstum Marokkos, der zunehmenden Armut und Korruption in vielen Bereichen. Darüberhinaus sind das Bildungssystem, die Gesundheitsversorgung reformbedürftig. Und der Bedarf an Arbeitsplätzen steigt. Bisher aber haben die Ministerien für Finanzen, Arbeit, Gesundheit, Bildung und Kommunikation nur langsam auf die wachsenden Probleme reagiert.

Für die Aktivisten reichen diese Reformen nicht aus, da der König auch weiterhin wichtige exekutive Befugnisse behalten wird. Beispielsweise die Ernennung des Premierministers aus der Partei mit den meisten Sitzen im Parlament. Zudem würde er auch weiterhin die Armee führen, die Minister und Botschafter ernennen und die Kabinettsitzungen leiten, wenn es um Sicherheits- oder strategische Angelegenheiten geht. Auch hätte er noch immer das Recht zur Auflösung des Parlaments. Seine Stellung als „Herrscher der Gläubigen“ und geistlicher Führer der Muslime des marokkanischen Königreichs bliebe unangetastet.

III. Widersand der Protestbewegung:

Auch die Bewegung des 20. Juni 2011 gehört zu jenen Kräften, denen die vorgeschlagenen Reformen nicht weit genug gehen. Das Reformbündnis nahm bereits am vergangenen Referendum nicht teil und rief zum Boykott der Parlamentswahl am 25. November 2011 auf.

Die Anhänger der Bewegung behaupten, dass die neue Verfassung nichts daran ändert, dass die berbische Zivilbevölkerung von der arabischen Regierung kaum beachtet wird, und dass die offizielle Anerkennung ihrer Muttersprache lediglich eine symbolische Geste sei. Die Opposition glaubt, dass die Veränderungen nicht ausreichen, um Marokko in eine konstitutionelle Monarchie nach europäischem Vorbild zu transformieren.

Die verschiedenen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Akteure und Medien gehen jedoch mehrheitlich davon aus, dass die neue Verfassung weitreichende Konsequenzen haben wird, dass jedoch noch eine große Herausforderung sein wird, die Verfassungsänderung effektiv und umfassend umzusetzen.

Sie vertrauen jedoch darauf, dass der König diese Aufgabe in Übereinstimmung mit den Forderungen der Reformbewegung nach Rechtsstaatlichkeit, der Garantie von Bürgerrechten und der Einrichtung sozial gerechter, demokratischer Strukturen stemmen wird.

IV. Vorgezogene Wahlen beruhigen die Lage:

Die Parlamentswahlen am 25. November 2012 gewann mit etwa einem Viertel der Sitze die gemäßigt islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung. Der König ernannte deshalb deren Generalsekretär Abdelilah Benkiran zum neuen Regierungschef. Er ist der erste islamistische Ministerpräsident in der marokkanischen Geschichte. Seither hat die Protestbewegung des „20. Februar“ geringe Unterstützung in der Bevölkerung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der stärkste Mann trotz der Reformen der König bleibt, denn er ist laut Verfassung „unantastbar“. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint das nicht zu stören. Der König war immer populär, während Politiker und Parteien als habgierig galten. Im Vergleich zu anderen Ländern blieben die Proteste in Marokko überschaubar und friedlich.

-
1. Qantara.de: Marokko und der Arabische Frühling Reform ohne Regimewechsel? , Redaktion: Moha Ennaji 2011.
 2. Qantara.de: Verfassungsreform in Marokko: Die Reform, das bin ich!, Redaktion Sonja Hegasy 2011.
 3. DW.DE: Marokkaner wollen Wandel, Autor Alexander Göbel, Rabat, Redaktion Stephanie Gebert.
 4. König Will Machtbefugnisse abgeben: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Jun 2011.
 5. Wikipedia: Proteste in Marokko 2011/2012- Massendemonstrationen in Casablanca im Mai 2011.

Aniss Boumashouli, LL.M.

Dortmund, den 12.07.2013